



Erklärung zur aktuellen Lage in der Flüchtlingspolitik

**Beschluss der Bezirksversammlung der Grünen Mittelfranken
am 12.09.15 in Fürth**

Wir erleben in den letzten Monaten, dass viele Menschen hilfeschend zu uns kommen. Es sind Menschen, die vor Krieg, Vertreibung oder politischer Verfolgung fliehen. In dieser Situation sind Politik und Zivilgesellschaft gefordert. Wir erleben eine enorm hohe Bereitschaft von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren und den Flüchtlingen helfen. Und wir helfen nach unseren Kräften in den Kommunen mit.

Die gelebte Solidarität ist nicht hoch genug einzuschätzen, angefangen von Lehrerinnen und Lehrern, die freiwillig Deutschkenntnisse vermitteln; Freiwilligen, die sich bei der Essens- oder Kleiderausgabe engagieren; Menschen, die bei Behördengängen behilflich sind; Pflegefamilien, die bereits minderjährige Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, bis hin zu denjenigen, die einfach nur Freizeitgestaltung anbieten und damit Abwechslung ins Leben der Flüchtlinge bringen. Sie alle wenden sich mit Mitgefühl den Menschen zu. Leistungen, welche die staatlichen Institutionen kaum leisten können. Darüber hinaus leisten diese Ehrenamtlichen auch eine nicht zu unterschätzende Arbeit als Botschafter für das Thema Flüchtlingshilfe in den Rest der Gesellschaft hinein.

Auch unsere Kommunen unternehmen erhebliche Anstrengungen, um Asylsuchende so gut wie möglich unterzubringen. Positiv hervorheben möchten wir hier die Flüchtlingsarbeit in der Stadt Fürth. Hier wurden in den vergangenen Monaten Strukturen aufgebaut, die Helferinnen und Helfer mancherorts vermissen. Mit der Internetseite www.fluechtlingshilfe-fuerth.de gibt es eine Plattform für Helferinnen und Helfer, die alle Informationen bündelt. Die Ehrenamtlichen benötigen jedoch auch hauptamtliche Ansprechpersonen und Koordination.

Den unermüdlichen Engagements vieler ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger, aber ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden, sowie von Wohlfahrtsverbänden gilt daher unser ausgesprochener Dank.

Wir sehen hier Bund, Länder und Kommunen, Europäische Union und Vereinte Nationen (UN) in einer Verantwortungsgemeinschaft, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Wir müssen den Menschen, die zu uns kommen und bleiben, eine Perspektive geben. Wir müssen der Gesellschaft insgesamt eine Perspektive geben, wie die Einwanderung zum Gewinn für alle wird.

Die Grünen Mittelfranken fordern daher:

Beschleunigung von Anerkennungsverfahren

Freiheitliche, demokratische, rechtsstaatliche, aber auch zügige Anerkennungsverfahren sind das Recht der Flüchtlinge. Sie sind die Voraussetzung für eine schnelle Integration anerkannter Asylsuchender und schaffen Klarheit für eine zumutbare Rückkehr derjenigen, die nicht bleiben können. Wir fordern den Bund auf, das BAMF mit qualifiziertem Personal und transparenten, für alle Beteiligten gut praktikablen und nutzbaren Strukturen organisatorisch zu verstärken.

Kostenbeteiligung des Bundes

Die Länder und Kommunen sind mit den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen finanziell überfordert. Wir brauchen eine dauerhafte strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten. Zudem bedarf es einer stärkeren Beteiligung des Bundes an den Kosten für Sprachförderung in deutscher Sprache und Berufsausbildung sowie interkultureller und multikultureller Information, Bildung und Aufklärung im Alltagsleben.

Menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte

Die große Zahl von Asylanträgen macht derzeit Erstaufnahmen und Folgeunterkünfte nötig, die zum Teil mehrere tausend Menschen beherbergen. Vielerorts ist das vordringliche Ziel, Flüchtlinge vor dem Kälteeinbruch überhaupt in befestigte Unterkünfte zu bringen. Flüchtlinge mit sehr hohem Schutzbedarf und sehr guten Bleibeperspektiven sollen so schnell wie möglich aus den Unterkünften hinaus und in die Gesellschaft integriert werden.

Zusätzliche Anstrengungen im Sozialen Wohnungsbau

Steigende Mietpreise und der Zuzug in die Verdichtungsräume führen zu einer angespannten Wohnungsmarktlage in unseren Städten. Darunter leiden alle Mitbürgerinnen und Mitbürger mit kleinen und mittleren Einkommen aller Art. Jahr für Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialförderung als neue Wohnungen hinzukommen. Diese Entwicklung ist abhängig vom Flüchtlingszuzug. Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, die Flüchtlinge wären Schuld an der gescheiterten Wohnungsbaupolitik der CSU-Regierung. Deswegen fordern wir von der CSU-Landesregierung und von der GroKo-Bundesregierung mehr Anstrengungen und Fördermittel im sozialen Wohnungsbau.

Hürden der Arbeitsmarktintegration beseitigen

Es ist eine Schicksalsfrage für unsere Einwanderungsgesellschaft, ob es uns gelingt, die Potenziale und Kompetenzen der Menschen, die zu uns kommen, für unseren Arbeitsmarkt zu nutzen. Jeder Euro, der in die Qualifizierung von Flüchtlingen investiert wird, ist ein Euro gegen den Fachkräftemangel und verhindert später viele Euros Transferzahlungen. Noch immer wird verhindert, dass Flüchtlinge mit ihren formalen und nicht-formalen Kompetenzen in den Arbeitsmarkt und in ehrenamtliche sinnvolle Tätigkeiten aller Art integriert werden. Diese Hürden müssen beseitigt werden. Die frühe und systematische Feststellung von Qualifikationen und Kompetenzen ist unerlässlich. Wir erneuern unsere Forderung nach zusätzlichen 1.000 Jobvermittlern, die gemeinsam mit den Kammern und Arbeitgeberverbänden Instrumente und Verfahren entwickeln, um Flüchtlinge qualifikationsadäquat in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu braucht es vereinfachte und zügige Verfahren zur Anerkennung von Schul-, Studien- und Berufsabschlüssen, angepasste Weiterqualifizierungsmaßnahmen und berufsbezogene Deutschkurse.

Verbesserung der Lage in den Herkunftsländern

Die Ursachen, warum Menschen ihre Heimat verlassen und bei uns eine neue Lebensperspektive suchen, sind vielfältig. Die Diskriminierung und Gewalt gegen Roma, denen diese nicht nur im Westbalkan, sondern auch in Mitgliedsstaaten der EU wie Ungarn und Rumänien häufig ausgesetzt sind, muss beendet werden. Die Europäische Union ist hier stärker als bisher gefordert, Minderheitenrechte durchzusetzen.

Menschen vom Westbalkan eine Alternative bieten

Fast die Hälfte aller Flüchtlinge kommt derzeit aus den Westbalkanländern und eine Anerkennung im Asylverfahren ist für sie nahezu aussichtslos. Um die Aufnahmekapazitäten ebenso wie die Gerichte zu entlasten, müssen wir diesen Menschen eine Alternative zum Asylverfahren bieten. Wir brauchen legale Zugänge zum Arbeitsmarkt. Unser Aufenthalts- und Asylrecht muss mit einem Einwanderungsrecht verknüpft werden. Von der Idee, weitere Länder als sichere Herkunftsländer auszuweisen, sind wir nicht überzeugt. Sie hilft praktisch nicht, Flüchtlinge zum Bleiben in ihren Heimatländern zu motivieren und zur Rückkehr zu bewegen. Erforderlich sind stattdessen sinnvolle und wirksame wirtschafts-, finanz-, arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitische Interventionen der EU im demokratischen Einvernehmen mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge.

Was wir nicht brauchen

Nicht nötig sind Rechtspopulisten, die mit Ihren Parolen Stimmungsmache gegen Schutzsuchende betreiben, die in großer Not zu uns kommen. Für geistige Brandstifter ist bei uns genau so wenig Platz wie für menschenverachtende rechtsextreme Gewalttätige, die Flüchtlingsheime anzünden oder Flüchtlingshelfern Drohbriefe schreiben. Wir fordern deshalb von der CSU Regierung einen deutlich stärkeren Fahndungsdruck auf die rechte Szene, einen Ausbau der präventiven Ansätze und eine unmissverständliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich den Nazis in den Weg stellen.

Und wir fordern von CSU-Berufspolitikern wie z.B. Horst Seehofer, Andreas Scheuer, Joachim Herrmann, Markus Söder und Hans Friedrich rechtspopulistische Sprüche in Zukunft zu unterlassen und sich stattdessen intensiver um alltagspraktisch wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen und zur Bekämpfung der Armut in unserem Land und in den Herkunftsländern zu bemühen.